

Zusammen Leben, Wohnen und Arbeiten

Kooperative Strukturförderung: Quartiere stärken heißt Gemeinschaft stärken

Positionen der Architektenkammer Baden-Württemberg, des Baden-Württembergischen Genossenschaftsverbandes und des Netzwerk: Soziales neu gestalten (SONG) – Regionalgruppe Baden-Württemberg

März 2021

Markus Müller
Präsident
Architektenkammer
Baden-Württemberg

Dr. Roman Glaser
Präsident
Baden-Württembergischer
Genossenschaftsverband e.V.

Frank Wößner
stellv. Vorsitzender
Netzwerk: Soziales
neu gestalten (SONG) e.V.
Regionalgruppe Baden-Württemberg

Kontakte für weitere Informationen:

Carmen Mundorff
Dipl.-Ing. Architektin
Geschäftsführerin,
Bereichsleiterin Architektur
und Baukultur
Danneckerstraße 54
70182 Stuttgart
Tel.: 0711 2196–140
Fax: 0711 2196–201
carmen.mundorff@akbw.de

Anja Roth
Bereichsleiterin
Interessenvertretung
Heilbronner Straße 41
70191 Stuttgart
Tel.: 0711 22213-2725
Mobil: 0173 1008068
anja.roth@bwgv-info.de

Ulrich Kuhn
Leiter Stabsstelle Sozialpolitik
Koordinator SONG-Themenfeld
Quartiersentwicklung
c/o Stiftung Liebenau
Siggenweilerstraße 11
88074 Meckenbeuren
Tel.: 07542 10-1206
Mobil: 0172 2785577
ulrich.kuhn@stiftung-liebenau.de

Zusammen Leben, Wohnen und Arbeiten

Kooperative Strukturförderung: Quartiere stärken heißt Gemeinschaft stärken

Positionen der Architektenkammer Baden-Württemberg, des Baden-Württembergischen Genossenschaftsverbandes und des Netzwerk: Soziales neu gestalten (SONG) – Regionalgruppe Baden-Württemberg

„Krise ist ein produktiver Zustand. Man muss ihm nur den Beigeschmack der Katastrophe nehmen.“ So hat es der Schweizer Schriftsteller Max Frisch einst formuliert. Vermutlich würde er auch aktuell empfehlen, die Herausforderungen gemeinsam anzupacken. Aus diesem Grund üben Architektenkammer Baden-Württemberg (AKBW), Baden-Württembergischer Genossenschaftsverband (BWGV) und das Netzwerk SONG – Regionalgruppe Baden-Württemberg den Schulterschluss, um so ein Mehr anzuregen: ein Mehr an „zusammen agieren“ und in Folge ein Mehr an gemeinwohlorientiertem „zusammen leben“, „zusammen wohnen“ und „zusammen arbeiten“.

Die Herausforderungen, vor denen wir stehen, sind immens: Neben der Bewältigung der Pandemie sind der Klimawandel und die demografische Entwicklung dabei die zwei großen Themen. Zu ergänzen sind unter anderem Inklusion und Migration, die mitnichten Randthemen sind. All diese Herausforderungen lassen sich nur gesamtgesellschaftlich lösen. Der Wandel hin zu sozial gerechten, ökologisch nachhaltigen und produktiven Gemeinwesen gelingt nur vor Ort, in den Kommunen und Quartieren. Städte und Dörfer sind die Orte der Vielfalt, Kreativität und Solidarität und gleichzeitig auch Experimentierfelder für neue Problemlösungsansätze und soziale Innovationen. Die Landesregierung hat in der ablaufenden Legislaturperiode wichtige Instrumente wie die Strategie „Quartier 2030“, den „Grundstücksfonds“ und das „Kompetenzzentrum Wohnen“ geschaffen. Aufgrund der Komplexität der Herausforderungen bedarf es aber für zeitgemäße Entwicklungsprozesse in Stadt und Land der themenfeldübergreifenden Abstimmung von Steuerungs- und Fördermaßnahmen. Vor Ort sind Schnittstellen und Koordinatoren erforderlich, um die Expertise der Bürgerinnen und Bürger für den Alltag kooperativ mit der Kompetenz der Fachleute zu vernetzen, und so gemeinsam ein Mehr an Zusammenleben zu generieren.

Für eine kooperative Entwicklung in Stadt und Land fordern AKBW, BWGV und Netzwerk SONG von der Politik dazu flankierend

- die **Förderung von Koordinatoren** und Motivatoren, Vermittlern, Vernetzern und Managern, für die Kommunen und insbesondere auf der Quartiersebene,
- eine nachhaltige **Kofinanzierung von Quartiersentwicklung** statt befristeter Projektförderungen,
- die **Stärkung kleinräumiger und vernetzter sozialer Versorgungsstrukturen** durch flexiblere rechtliche und finanzielle Rahmenbedingungen,
- die **Aufrechterhaltung und die stärkere Kompatibilität quartiersbezogener Förderkulissen** der verschiedenen Landesministerien für nachhaltig wirkende lokale Infrastrukturen,
- **mehr gemeinsam zu denken und zusammen zu gestalten**; dazu ist eine ressortübergreifende Zusammenarbeit der Ministerien und Einbindung der relevanten gesellschaftlichen Gruppen und deren Verbände unabdingbar. Nur so können Fördermittel effizient und zielgerichtet in Kommunen und für Quartiere eingesetzt werden. Die Wohnraum-Allianz ist ein erfolgreiches Beispiel eines beteiligungsorientierten Prozesses. Dieses Format könnte durch die thematische Erweiterung um die Dimensionen Leben und Arbeiten in Stadt und Land zu einem ressortübergreifenden Forum weiterentwickelt werden.

Zusammen in die Zukunft

– mit Kooperationen und Vernetzung

Wir stehen heute vor gravierenden ökologischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Herausforderungen. Die Coronakrise mit ihren massiven akuten Folgen für den Gesundheitsschutz, die sozialen Beziehungen und die wirtschaftliche Lage trifft auf seit Jahren laufende langfristige Veränderungsprozesse und lässt diese wie in einem Brennglas deutlicher zutage treten: der Klimawandel und die Digitalisierung fordern Anpassungen unserer derzeitigen Art zu leben, zu wirtschaften, zu arbeiten und zu konsumieren. Weiterhin sind auf Fragen der Migration und Integration geflüchteter beziehungsweise zugewanderter Menschen Antworten zu geben. Welche Folgen haben die Individualisierung, die Pluralisierung der Lebenswelten und zunehmende soziale Unterschiede? Was passiert, wenn die Babyboomer-Generation in Rente geht? Der demografische Wandel führt zu einer dramatisch wachsenden Zahl von Menschen mit Unterstützungsbedarf. Gleichzeitig fehlen bereits heute in erheblichem Ausmaß Fachkräfte in Pflege und Assistenz, und das Potenzial für die informelle Pflege in den Familien nimmt durch veränderte Familienstrukturen ab. Auch Familien mit Kindern sind zunehmend auf gute Betreuungs- und Unterstützungsangebote angewiesen, von denen es noch nicht ausreichend gibt. Ebenso in den Blick zu nehmen sind dabei Menschen mit Inklusionsbedarf.

Die Coronakrise bietet trotz aller dramatischen Folgen die Chance, die notwendige Transformation unserer Wirtschafts- und Lebensweisen sowie der Raumnutzung noch gezielter anzugehen und umzusetzen. Die soziale Innovation entsteht in vielen kleinen Schritten, Experimenten und kreativen Bottom-up-Prozessen, die in der Praxis vor Ort entwickelt und erprobt werden. Der Wandel geschieht dort, wo die Menschen wohnen, arbeiten und zusammenleben, also in den Städten, in ländlichen Gemeinden und in Quartieren. Hier werden Bedarfe und Bedürfnisse der Menschen nicht nur artikuliert, hier wird auch konkrete Umsetzung erwartet. Die Sozialräume der Menschen sind die Orte, an denen neue Wege erprobt und gegangen werden müssen. Nicht zuletzt entdecken die Menschen in der Krise die Vorzüge von Nachbarschaft, Nahversorgung, Natur im unmittelbaren Wohnumfeld sowie auch der regionalen Wirtschaftskreisläufe, der Energie- und Mobilitätsangebote und der digitalen Strukturen.

Wir können den Wandel nur **zusammen** schaffen. Daher sieht die Ende 2020 verabschiedete „Neue Leipzig-Charta“ die Gemeinwohlorientierung und das gemeinsame Handeln als die zentralen Leitprinzipien künftiger transformativer Stadtentwicklung an. Auch der Siebte Altenbericht der Bundesregierung spricht in diesem Sinne von einer „Koproduktion der Daseinsvorsorge“, welche neue, vernetzte und partizipative Governance-Strukturen auf kommunaler Ebene erfordert. Ebenso bekräftigt die Handreichung „Familienfreundliche Kommune“ aus dem Jahr 2020 – erstellt von der Familienforschung Baden-Württemberg im Statistischen Landesamt mit Unterstützung des Ministeriums für Soziales und Integration, der Arbeitsgemeinschaft Netzwerk Familie Baden-Württemberg sowie dem Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg –, dass sich konkrete Lösungen für ein familien- und generationenfreundliches Gemeinwesen nur vor Ort erarbeiten lassen: in den Gemeinden und Städten, Ortschaften und Stadtvierteln und zwar im gemeinsamen Dialog von Gemeinderat, Verwaltung, örtlichen Einrichtungen, Unternehmen, Kirchen, Vereinen sowie mit den Einwohnerinnen und Einwohnern. Zudem werden vielfältige und attraktive Beteiligungsmöglichkeiten erwähnt, die zum Einsatz kommen können, um den Belangen von Familien, Kindern, Jugendlichen und älteren Menschen gerecht zu werden sowie ihren Ideen und Gestaltungsvorschlägen verstärkt Geltung zu verschaffen. Hierbei können auch landesweite Initiativen und Förderprogramme des Landes Baden-Württemberg helfen.

Die Herausforderungen des sozialen, demografischen und ökologischen Wandels sind also nur zu bewältigen, wenn sämtliche Ressourcen und Potenziale der verschiedenen gesellschaftlichen Akteure wie Familien, aktive Bürgerinnen und Bürger, zivilgesellschaftliche Organisationen wie Vereine, Genossenschaften und Selbsthilfeorganisationen, Kirchengemeinden, die gemeinnützigen sozialen

Träger, die Kommunen und die Privatwirtschaft gebündelt und die Akteure beteiligt werden, um ko-produktiv zusammenzuarbeiten.

Aus diesem Grunde verbinden wir in diesem Papier den Blick der Architektenkammer Baden-Württemberg auf die künftige Gestaltung unseres gebauten Wohnumfelds und unserer Umwelt mit dem Blick des Netzwerks SONG auf das Zusammenleben und die sozialen Bedarfe der Menschen und mit dem Blick des Baden-Württembergischen Genossenschaftsverbandes auf die integrativen und vielfältigen Potenziale zivilgesellschaftlich beziehungsweise unternehmerisch getragener genossenschaftlicher Lösungsansätze in diesen Handlungsfeldern. Wir wollen auch anhand von Praxisbeispielen dazu anregen, dass an möglichst vielen Orten die Herausforderungen **gemeinsam** angegangen und innovative, ganzheitliche sowie nachhaltige und wirtschaftlich tragfähige Antworten entwickelt und erprobt werden.

Die großen Zukunftsherausforderungen können letztlich nur zusammen gemeistert werden. Dazu bedarf es nicht nur der Kooperation von Akteuren und Sektoren auf der lokalen und regionalen Ebene. Auch auf Landesebene sollte **ressortübergreifend zwischen den Ministerien zusammengearbeitet und die wesentlichen Akteursgruppen aus Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Wohlfahrtspflege beteiligt werden**. Das ressortübergreifende Impulsprogramm der Landesregierung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt geht daher in die richtige Richtung, blieb aber häufig bei begrenzt wirkenden Einzelmaßnahmen stehen. Eine Weiterentwicklung der Wohnraum-Allianz über die Schaffung von mehr Wohnraum hinaus für das künftig notwendige „Zusammen leben, wohnen und arbeiten“ könnte die im Papier adressierten Punkte aufgreifen und diese mit den relevanten Akteuren angehen sowie unter diesem Dach über innovative Formen, wie beispielsweise Zufallsbürger und Pop-up-Labore, auch ressortübergreifend weitere Akteure einbinden und Themen bearbeiten.

Zusammen wohnen

- **Jung und Alt verbinden**
- **Inklusion leben**
- **Familien fördern**

Durch die Coronakrise gewinnen in den Stadtteilen und Wohnquartieren ebenso wie im ländlichen Raum soziale Beziehungen im Quartier, Nachbarschaftshilfe, in der Nähe erreichbare Einkaufs- und Versorgungsmöglichkeiten sowie die digitale Information und Kommunikation über Quartiersplattformen an Bedeutung. Aufgrund der Kontakt- und Ausgangsbeschränkungen wurde das Vorhandensein von öffentlichen Plätzen und Natur im Wohnumfeld neu wertgeschätzt. Homeoffice und Homeschooling rücken den eigenen Wohnbereich mit neuen Raumanforderungen noch stärker ins Zentrum des täglichen Lebens.

Künftig sind also vor allem **flexible Wohnformen erforderlich, die bezahlbar sind und hybride Nutzungen ermöglichen**. Wenn im Sinne der Inklusion alle Menschen Zugang zu Wohnraum haben sollen und möglichst auch bei gesundheitlichen Einschränkungen im Alter dort verbleiben können, wird die barrierearme beziehungsweise barrierefreie Zugänglichkeit von Haus und Wohnung und des Wohnraums selbst immer wichtiger. Das ist auch für andere Nutzergruppen wie beispielsweise Familien (mit Kinderwagen) und Menschen mit (Geh-) Behinderungen erleichternd.

Es sollte auf die Bewohnermischung geachtet und **geförderter Wohnungsbau etwa stadträumlich gleichwertig verteilt** und die Konzentration in den weniger attraktiven Quartiersbereichen vermieden werden. Bewohnerinnen und Bewohner geförderter Wohnungen können so auch in allen Quartiersbereichen „inklusive teilhaben“ und sind nicht in bestimmten Teilräumen „exklusiv ausgegrenzt“. Gleiches gilt für Menschen mit Inklusionsbedarf sowie im Hinblick auf Angebote für Kinder und Jugendliche. Es gilt der gesellschaftlichen Spaltung entgegen zu wirken.

Neben dem individuellen Wohnraum gewinnen öffentliche und halböffentliche Räume an Bedeutung als niederschwellige Orte, an denen Austausch und Teilhabe möglich sind. Naturräume für Naherholung und Freizeitgestaltung im unmittelbaren Wohnumfeld sind wichtige Faktoren der Attraktivität von Wohngebieten. **Wohnungspolitik ist also mehr als Baupolitik** – bei der Wohnraumallianz muss es daher um die Mitgestaltung lebenswerter Quartiere im Sinne einer ganzheitlichen Daseinsvorsorge gehen.

Zusammen leben

- **Betreuung ermöglichen**
- **Quartiere gestalten**
- **Digitalisierung nutzen**

Es ist davon auszugehen, dass auch ältere Menschen und Menschen mit Assistenzbedarf so lange wie möglich selbstständig wohnen und leben wollen. **Quartierskonzepte stärken die Selbstständigkeit und Teilhabe**, fördern Selbst- und Nachbarschaftshilfe, verhindern Vereinsamung und wirken somit präventiv. Bei Unterstützungsbedarf ermöglichen sie gemischte Hilfearrangements im Zusammenwirken von familiärer, nachbarschaftlicher und professioneller Hilfe. Dies gilt sowohl für die Unterstützung älterer und behinderter Menschen als auch für Betreuungsdienstleistungen für junge Familien. In den Städten und Gemeinden sollte daher das Zusammenleben durch gemischte Wohnangebote wie zum Beispiel Mehrgenerationenwohnen und durch eine aktive Quartiersarbeit unterstützt werden. Diese fördert Begegnungsmöglichkeiten, bürgerschaftliche Aktivitäten und Nachbarschaftsbeziehungen.

Es ist sehr erfreulich, dass seit dieser Legislaturperiode die Strategie „Quartier 2030 – Gemeinsam. Gestalten.“ des Ministeriums für Soziales und Integration Kommunen und zivilgesellschaftliche Akteure bei der alters- und generationengerechten Quartiersentwicklung unterstützt. Während in den Jahren zuvor eher einzelne Pioniere den über den reinen Wohnungsbau hinausreichenden Quartiersansatz verfolgten, gelingt es so immer mehr Akteure an immer mehr Orten in der Fläche hierfür zu begeistern. Im Besonderen begrüßen wir, dass dieser **Prozess mit Beratungs- und Qualifizierungsangeboten unterstützt und begleitet** wird. Dabei kann auch auf etablierte Konzepte, unter anderem auch der Mitglieder des Netzwerks SONG (Schulungsangebote in Sozialraum- und Netzwerkarbeit) und des Baden-Württembergischen Genossenschaftsverbandes (Beispiele und Modelle für Wirtschaft vor Ort und WohnenPLUS) aufgebaut werden.

Schließlich ist beim Zusammenleben, sei es nun in der Stadt oder auf dem Land, auch auf die digitale Infrastruktur zu achten – sowohl bezüglich der infrastrukturellen Angebote bis hinein in die einzelnen Wohneinheiten als auch bei den kommunalen beziehungsweise regionalen und idealerweise darüber hinaus vernetzten, digitalen Plattformen. Mit einer guten Infrastruktur können auf den Plattformen seitens Politik und Verwaltung, Bürgerinnen und Bürgern, Initiativen und Unternehmen Informationen geteilt, Kommunikation ermöglicht und Bedarfe des (täglichen) Lebens leichter und schneller vor Ort gelöst werden. Die **digitale Erweiterung für alle gesellschaftlichen Gruppen kann alle stärker zusammenbringen** – auch analog – und damit das Zusammenleben fördern. Ebenso kann es die Gesundheitsversorgung vor Ort erweitern und damit verbessern.

Aufgrund unserer Praxiserfahrungen erfordert die nachhaltige Realisierung von Quartierskonzepten eine **qualifizierte Quartierskoordination**. Für diese wichtige Aufgabe der Daseinsvorsorge gibt es bisher aber keine Regelfinanzierung. Projekte sind derzeit auf zeitlich befristete Fördermittel, Quersubventionierungen von Trägern beziehungsweise freiwillige Leistungen der Kommunen angewiesen. **Für die nächste Legislaturperiode sollte ein Konzept entwickelt werden, wie solche Strukturen über eine regelhafte Kofinanzierung des Landes abgesichert werden können**. Nicht zuletzt, um zu verhindern, dass diese Strukturen als sogenannte freiwillige Leistungen den unter anderem durch die Coronafolgen bedingten Sparzwängen der Kommunen zum Opfer fallen.

Zusammen sorgen

- **Sorge und Mitverantwortung in der Kommune fördern**
- **Versorgung kleinräumig sichern**
- **Ganzheitliche, kooperative Ansätze voranbringen**

Für eine adäquate Versorgung der Menschen in ihren unterschiedlichen Lebenslagen im Wohnquartier sind im Bedarfsfall **professionelle soziale Dienstleistungen erforderlich**. Im Sinne der Sozialraum- und Quartiersorientierung geht es dabei aber künftig weniger um die institutionelle Vollversorgung, sondern um passgenaue Dienstleistungen, die im Zusammenwirken mit den informellen Hilfen von Angehörigen, Nachbarn, bürgerschaftlich Engagierten und unter Einbindung von technischer Assistenz jeweils zu individuellen tragfähigen gemischten Hilfearrangements verknüpft werden können. Dies entspricht dem Leitbild geteilter Verantwortung und gemischter Pflegearrangements, welche laut dem Siebten Altenbericht der Bundesregierung unter der Überschrift **„Sorge und Mitverantwortung in der Kommune“** systematisch gefördert werden sollten. Lokale Verantwortungs- beziehungsweise Sorgegemeinschaften in diesem Sinne erfordern eine Abkehr von starren Sektor-Abgrenzungen und unflexiblen bürokratischen Regelungen.

Das Ziel einer von den örtlichen Akteuren **gemeinsam getragenen Quartiersentwicklung** ist also nicht nur, Wohnen und Leben zusammen zu bringen, sondern auch passgenaue Angebote der sozialen Versorgung einzubinden. Das heißt, neben dem reinen Wohnen, also beispielsweise auch ein soziales Umfeld zu schaffen und damit auch dem „Zusammensorgen“ einen Ausdruck zu geben. Kombiniert mit erreichbaren Leistungen aus dem Bereich der Daseinsvorsorge und dem Zusammenwirken aller relevanten Akteure vor Ort gibt es hier großes Potenzial. So können sich unter anderem Kommunen, zivilgesellschaftliche Akteure, Bürgerinnen und Bürger ebenso wie Unternehmen, Wohnungsbauträger und -planer, Stiftungen und Kirchen gemeinsam auf den Weg machen und nachhaltig tragfähige Lösungen für Quartiere vor Ort finden. Insbesondere die Träger der freien Wohlfahrts- pflege als Erbringer sozialer Dienstleistungen sind daher aufgefordert, sich für die Gestaltung dieses Welfare-Mixes und für neue Kooperationen zu öffnen. Je nach Situation kann dabei die Organisationsform der Genossenschaften ein Weg sein, neuartigen Kooperationen einen inhaltlich und wirtschaftlich tragfähigen Rahmen zu geben: bedarfsgerecht sowohl in ländlichen Gebieten als auch in städtischen Quartieren.

Die Versorgung assistenz- und pflegebedürftiger Menschen muss also stärker kleinräumig und vernetzt organisiert werden. Es ist daher zu begrüßen, dass das Land mit Fördermaßnahmen wie dem Innovationsprogramm Pflege insbesondere Angebote fördert, die zwischen der häuslichen und der stationären Versorgung liegen und so einen Bürger-Profi-Technik-Mix ermöglichen. Gerade die im Förderprogramm 2021 im Vordergrund stehenden Tages-, Nacht- und Kurzzeitpflegeeinrichtungen müssen für eine lokale Versorgungsinfrastruktur ausgebaut werden. Es reicht jedoch nicht nur, Leuchtturmprojekte zu fördern. Vielmehr müssen auch rechtliche Spielräume im Sinne von Experimentierklauseln geschaffen und Hürden abgeschafft werden für eine flächendeckende Umsetzung von zukunftsfähigen Ansätzen, die bisher in keine Schubladen passen.

Zusammen wirtschaften

- **Co-Working-Möglichkeiten ausbauen**
- **Nahversorgung und Handel sichern**
- **Regionale Versorgung fördern**

Die Coronakrise führte in kürzester Zeit zu völlig **neuen (digitalen) Arbeitsformen**. Beispielsweise wird die Erfahrung des zeitlich und räumlich mobilen Arbeitens aus dem Homeoffice und des Ersetzens von Dienstreisen durch Videokonferenzen für viele Arbeitnehmer zu nachhaltigen Veränderungen führen. Arbeits- und Wohnwelten vermischen sich. Pendlerverkehr und Dienstreisen reduzieren sich. Wohnen und arbeiten an Orten, die von den Ballungszentren weiter entfernt liegen, gewinnt an Attraktivität. Hierfür sind auch außerhalb von Wohnungen dezentral Räume zu schaffen, beispielsweise in Form von Co-Working-Spaces. Dadurch können Wohnraum eingespart, günstige dezentrale Arbeitsmöglichkeiten angeboten sowie Begegnung, Austausch und branchenübergreifende Inspiration ermöglicht werden.

Gleichzeitig ist die Krise ein Brandbeschleuniger für die ohnehin laufenden Veränderungen der Innenstädte. Mit dem zunehmenden Ladensterben in den Einkaufsstraßen bei gleichzeitigem Boom des Online-Handels drohen diese zu veröden. Ähnliches gilt auch für ländliche Räume. Doch gerade „Post-Shopping-Innenstädte“ bieten auch die **Chance zu neuen Nutzungsmischungen**. Aus reinen Einkaufsmeilen können vielfältige Quartiere werden – mit neuen Kombinationen von Wohnen, Handel, Gastronomie, Kultur, Handwerk, Dienstleistungen, Bildung, Kreativwirtschaft sowie Begegnungs- und Gasträumen und weiteren sozialen Orten.

Zugleich steigt das Bewusstsein für Nähe und Regionalität. Damit rücken **regionale Wertschöpfungsketten**, wie zum Beispiel die Produktion und Vermarktung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen, Lebensmitteln und Gütern des täglichen Bedarfs, wieder verstärkt in den Fokus und daraus könnten sich auch langfristig neue Möglichkeiten ergeben. Nicht zuletzt sind es regional verankerte Genossenschaften, die hier seit Jahrzehnten ihre Stärken zeigen und das gemeinsame Wirtschaften künftig auf ganz neuen Feldern etablieren und damit die Transformation begleiten können.

Zusammen Umwelt schützen

- **Ökologisch bauen und sanieren**
- **Energieversorgung nachhaltig ausrichten**
- **Mobilität umweltbewusst gestalten**

Alle zuvor genannten Aspekte lassen sich nur gesamtgesellschaftlich lösen. Auch dem Klimawandel können wir nur gemeinsam begegnen. Gebäude haben einen wesentlichen Anteil am Gesamtenergiebedarf und an den Treibhausgasemissionen in Deutschland. Den Energiebedarf von Gebäuden zu verringern, ist daher nicht nur ein Schwerpunkt deutscher und baden-württembergischer Klimaschutzpolitik, sondern liegt im Interesse aller Bürgerinnen und Bürger, die von geringeren Betriebskosten profitieren. Dies betrifft Neubauten ebenso wie die energetische Sanierung von Bestandsbauten.

Die **Steigerung der Energieeffizienz** im Gebäudebereich ist einer der Schlüssel zur erfolgreichen Umsetzung der Wärme- und Energiewende. Eine **nachhaltige Energieversorgung** für bestehende und neue Quartiere sorgt für die Ausgestaltung eines klima- und umweltfreundlichen Betriebes des Wohn- und Lebensumfelds. Das Klimaschutzgesetz und das Gebäudeenergiegesetz auf Bundesebene sowie das Klimaschutzgesetz und das Erneuerbare-Wärme-Gesetz auf Landesebene stoßen als gesetzliche Rahmenbedingungen Sanierungsaktivitäten an. Parallel dazu werden großzügige finanzielle Mittel bereitgestellt, um die Sanierungen des Gebäudebestands weiter anzureizen. Die **energetische Sanierung** eignet sich außerdem zur Kombination mit anderen Sanierungsschritten wie beispielsweise Instandsetzung, Werterhalt, Verschönerung, Modernisierung oder Barrierefreiheit.

Und darauf aufbauend ist eine **Mobilitätsinfrastruktur** – angefangen bei Fahrrädern und Pedelecs über Autos bis hin zu (Bürger-) Bussen – zusammen weiterzuentwickeln. Energiegenossenschaften haben durch ihre Projekte im Bereich der erneuerbaren Energien eine Akzeptanz vor Ort aufgebaut. Die Genossenschaften sind oft eng mit den Bürgern vor Ort verbunden, da viele auch Mitglied in der Genossenschaft sind. Somit bieten sich Energiegenossenschaften an, die Idee des E-Carsharings zu bewerben. Dabei stellt die Genossenschaft die Fahrzeuge und trägt die laufenden Kosten für Versicherung und Wartung der Fahrzeuge. Darüber hinaus gibt es eine Reihe anderer E-Mobilitätsprojekte, die hochinnovativ sind und in der Bevölkerung implementiert werden könnten. Dazu gehören Pedelec- und Scooter-Ladestationen oder auch Pedelec-Verleihangebote. Kürzere Wege schaffen Lebensqualität und Attraktivität im Wohnumfeld. Oft empfiehlt es sich für Energiegenossenschaften, E-Mobilitätsvorhaben zusammen mit Partnern zu realisieren und nach Möglichkeiten der Förderung zu suchen. Stadtwerke und andere lokale Energieversorger haben oft, neben dem elektrotechnischen Wissen, auch günstig gelegene Betriebsdächer und Zugang zu einem Kundenstamm. In großen Städten ist das Carsharing oftmals schon verbreitet, dort beherrschen meistens etablierte Anbieter den Markt. Hier können Kooperationen mit Carsharing-Anbietern dann erfolgversprechend sein, wenn diese E-Fahrzeuge in ihre Bestände aufnehmen und zum Beispiel öffentlichkeitswirksam ihre Stellflächen mit Fotovoltaik-Dächern ausstatten.

Die Umwelt schützen wir auch durch einen **verantwortungsvollen Umgang mit Flächen**. Bevor neue Baugebiete ausgewiesen werden, sind die innerörtlichen Potenziale zu prüfen: Wie viele Gebäude stehen leer beziehungsweise welche Flächen mit aufgegebenen Nutzungen können recycelt werden. Das spart teure Investitionen und den Betrieb von erforderlichen neuen Infrastrukturen. Und durch die Belegung mit mehr Menschen innerorts überleben auch Dienstleistungen beziehungsweise lässt sich die Identität eines Dorfes oder einer Gemeinde bewahren und stärken.

Zusammen gestalten – vor Ort

- **Daseinsvorsorge sichern**
- **Beteiligung und Kooperation ermöglichen**
- **Verwaltungsprozesse verbessern**

Die Kommune hat die Aufgabe zur **Daseinsvorsorge** für Bürgerinnen und Bürger. Sie ist somit der wichtigste Akteur für eine integrierte Stadt- und Gemeindeentwicklung, die Planung der notwendigen sozialräumlichen Infrastruktur und die Steuerung und Moderation dieser Quartiersprozesse. Die Aufgabenwahrnehmung sollte im Sinne des Subsidiaritätsprinzips in Kooperation mit Initiativen der Bürgerschaft, Wohnungsunternehmen und -initiativen, der Freien Wohlfahrtspflege, dem Handwerk und generell der Wirtschaft erfolgen. Wo immer möglich ist die Infrastruktur vor Ort, durch entsprechende (kommunale) Rahmenbedingungen gesteuert, auch privatwirtschaftlich voranzubringen. Wie zudem die Initiative „Kirche findet Stadt“ gezeigt hat, sind auch die Kirchen mit ihren Potenzialen und Ressourcen wichtige Partner einer kooperativen und produktiven Stadt- und Gemeindeentwicklung.

Für die gesellschaftliche Teilhabe aller, für kreative, agile Planungen sowie innovative und nachhaltige Entwicklungen und für die Akzeptanz von Entscheidungen ist die **Partizipation** der Betroffenen zentral. Die Stufen der Beteiligung reichen dabei von der Information über die Mitwirkung und die Mitentscheidung bis zur Selbstorganisation und Selbstverwaltung von Projekten. Letzteres führt zu einer besonders starken Identifikation mit den Ergebnissen gemeinsamen Wirkens. Mit der Allianz für Beteiligung und der Kooperation des Landes mit den Kommunalverbänden im Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement gibt es wichtige Instrumente zur Unterstützung lokaler Kooperations- und Partizipationsprozesse. Auch die Wirtschaft ist hier aktiv einzubinden: Nur durch die Einbindung der jeweiligen Bedarfe und Kompetenzen können diese Prozesse breit getragen und wirtschaftlich erfolgreich vorangebracht werden.

Gerade Menschen und Unternehmen vor Ort können einen wesentlichen Beitrag zur Erhebung des jeweiligen Bedarfs sowie damit verbunden der voraussichtlichen Nutzung und Wirtschaftlichkeit leisten. Wenn auch die Verwaltungen entsprechend ihre bürokratischen Regularien und Prozesse weiterentwickeln können, werden neben einer gesteigerten Akzeptanz auch **Planungsprozesse vereinfacht und damit als notwendig identifizierte Projekte beschleunigt**. Auch Institutionen des Landes, wie beispielsweise der Normenkontrollrat, können hier einen unterstützenden Beitrag leisten. Dabei ist darauf zu achten, dass Beteiligung sich nicht nur auf einen Ort bezieht, sondern auch darüber hinaus sinnvoll sein kann. Ein als reines Kirchturmdenken ausgeprägtes Handeln bezüglich der individuellen Bedürfnisse vor Ort ist nicht zuletzt aufgrund begrenzter Ressourcen zu vermeiden, sondern wo sinnvoll zu erweitern.

Durch die Zusammenarbeit der verschiedenen lokalen Akteure vor Ort wird die **Quartiersentwicklung gemeinschaftlich getragen** und vorangebracht. So lässt sich zum Beispiel das reine Wohnen mit dem sozialen Umfeld und weiteren Leistungen aus dem Bereich der Daseinsvorsorge verbinden, so dass eine neue Dimension der Infrastruktur geschaffen wird. Als innovative Form der Kooperation bietet sich hierfür neben anderen Gestaltungsmöglichkeiten insbesondere der genossenschaftliche Ansatz an. Die Rechts- und Unternehmensform der eingetragenen Genossenschaft (eG) ermöglicht bei der Realisierung von Projekten nicht nur die Partizipation vieler Beteiligter vor Ort, sondern weist auch verschiedene Möglichkeiten im Hinblick auf die Finanzierung auf. Dabei übernehmen zum Teil auch die regionalen Genossenschaftsbanken eine wichtige Rolle bei der Realisierung der Projekte – ob rein als Kreditgeber oder selbst Mitglied – tragen sie durch ihre ausgeprägten Netzwerke mit dazu bei, ein genossenschaftliches Ökosystem zu etablieren und alle Beteiligten vor Ort optimal zu vernetzen. Ganz nach dem Motto von Friedrich Wilhelm Raiffeisen: „Was den Einzelnen nicht möglich ist, das vermögen viele“.

Zusammen gestalten – auf Landesebene

- **Kommunen und lokale Akteure stärken**
- **Welfare-Mix fördern**
- **Strategiedialog einsetzen**

Subsidiarität hinsichtlich der politischen und Verwaltungsebenen sollte gelebt werden. Die Gestaltungskompetenz der lokalen Ebene muss dabei wo immer möglich gestärkt und Verantwortung wieder auf diese für die Gesellschaft unmittelbar erlebbare Ebene verlagert werden, ohne ein entsprechendes Kirchturmdenken und damit einhergehende Ineffizienzen zu fördern. Das bedeutet insbesondere die Stärkung der rechtlichen und finanziellen Handlungsmöglichkeiten der kommunalen Ebene, der systematische Auf- und Ausbau von Quartiersmanagement-Strukturen, der Ausbau von Bildung und Förderung bürgerschaftlichen Engagements ebenso wie der Ausbau der Städtebau- und Wohnungsbauförderung mit breitem Fokus auf Wohnen und Leben, der Förderung der (erweiterten) Daseinsvorsorge und Infrastruktur vor Ort sowie der mit all diesen Punkten einhergehenden Etablierung neuer, kooperativer Strukturen.

Denn die Kommunen sind für die lokale Strukturentwicklung die zentralen Akteure. Dennoch wäre es wünschenswert und für eine integrierte Gestaltung der Rahmenbedingungen hilfreich, wenn zum Beispiel bei der Strategie Quartier 2030 und dem Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement neben den Kommunalverbänden die Organisationen der Wirtschaft, Zivilgesellschaft und der Wohlfahrtspflege stärker in die Beratung und Umsetzung eingebunden würden. Auf Landesebene sollte dies auch im Rahmen der Wohnraum-Allianz und im neuen Kompetenzzentrum Wohnen samt dem damit zusammenhängenden Programm Innovativ Wohnen BW beibehalten und weiter forciert werden.

Letztlich wird es darauf ankommen die Versorgung vor Ort durch eine Art **Welfare-Mix** zu sichern. Welfare-Mix heißt Abschied von Schema F. Für bedarfsgerechte, individuelle und flexible soziale Angebote im Quartier müssen Leistungserbringer ihre professionellen Dienstleistungen differenzieren und mit informellen Sorgestrukturen vernetzen können. Integrative Ansätze sind dafür erforderlich. Für alle im Papier genannten Felder ist dies mit den je themenspezifischen Anpassungen der Rahmenbedingungen wesentlich. **Auf die rechtlichen Rahmenbedingungen für quartiersorientierte Angebote im Sozialbereich bezogen, würde das insbesondere eine Flexibilisierung des Leistungsrechts, einen Abbau der Sektorengrenzen im Sozialrecht, die Finanzierung von Vernetzung und Koordination sowie die Stärkung von Prävention und Rehabilitation bedeuten.**

Schließlich sei dabei nochmal darauf verwiesen, dass die großen Zukunftsherausforderungen letztlich nur gemeinsam gemeistert werden können: auf lokaler, regionaler und auch Landesebene (sowie darüber hinaus). Eine verstärkte **ressortübergreifende Zusammenarbeit zwischen den Ministerien auf Landesebene unter Beteiligung der wesentlichen Akteursgruppen aus Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Wohlfahrtspflege ist unser Anliegen.** Für die zukunftsfähige Entwicklung unserer Städte und Gemeinden befürworten wir daher, diesen integralen Ansatz „Zusammen leben, wohnen und arbeiten“ auf allen Ebenen, insbesondere der Landesebene, auszubauen und zu verstetigen, zum Beispiel durch eine modifizierte und erweiterte Wohnraum-Allianz. Dieses könnte die im Papier adressierten Punkte aufgreifen und mit den relevanten Akteuren angehen sowie unter diesem Dach über innovative Formen, wie beispielsweise Zufallsbürger und Pop-up-Labore, auch ressortübergreifend weitere Akteure einbinden und Themen bearbeiten.

Zusammen lernen - an zukunftsweisenden Praxisbeispielen

Zusammen wohnen

Praxisbeispiel St. Anna-Quartier, Tettngang: In Zusammenarbeit der Katholischen Kirchengemeinde und der Stadt Tettngang sowie der Stiftung Liebenau und den Baugenossenschaften Bau- und Sparverein Ravensburg eG und der Familienheim Schwarzwald- Heuberg e.V. sind 127 genossenschaftliche Mietwohnungen entstanden. Unterschiedliche Wohnungsgrößen und sozial gestaffelte Mietpreise ermöglichen eine soziale Bewohnermischung. Der Quartierstreif „Pavillon“ und die St. Anna-Kapelle bilden das Zentrum des neuen Wohnquartiers. Die Stiftung Liebenau brachte ihre Kompetenzen im Sozial- und Quartiersmanagement ein und ermöglicht das inklusive Wohnen für Menschen mit Behinderungen. www.bgwo.de

Praxisbeispiel Architektur: Seniorenzentrum Frickingen eG: Mit dem neuen Seniorenzentrum erhält die Ortsmitte der Gemeinde Frickingen mit der historischen Kirche und dem denkmalgeschützten Petershauser Hof neben dem Rathausneubau eine weitere markante, architektonische Ergänzung. Auch unter sozialen Aspekten stellt das Bauprojekt eine Besonderheit dar. Bauherr ist eine Gruppe ortsansässiger Senioren, die mit Unterstützung durch die Gemeinde eine Genossenschaft gründeten. Die Kirche konnte dafür gewonnen werden, einen Teil des großen Pfarrgartens in Erbpacht zur Verfügung zu stellen. Dadurch konnte im Ortszentrum eine Seniorenwohnanlage entstehen, von der aus alle wichtigen Infrastruktureinrichtungen auf kürzestem Wege – zu Fuß – erreichbar sind. www.akbw.de/baukultur/beispielhaftes-bauen/datenbank-praemierte-objekte/detailansicht/objekt/seniorenzentrum-6579.html

Praxisbeispiel Lichtenstern Wohnkonzepte am Neckarbogen eG, Heilbronn: „Vernetzung und Kooperation im Sozialraum“, so lautet die übergeordnete Zielsetzung der Initiative Lichtenstern Wohnkonzepte. Das inklusive Wohn- und Betreuungsprojekt Neckarbogen soll das Miteinander in der Nachbarschaft fördern. Das Neubaugebiet entstand im Rahmen der Bundesgartenschau Heilbronn 2019. www.lichtenstern-wohkonzepte.de/

Modellbeispiel WohnenPLUS: Als „WohnenPLUS“ wurden seitens des BWGV drei unterschiedliche Modellideen in einem Leitfaden vorgestellt. Diese reichen vom Bau beziehungsweise Erwerb und Betrieb eines oder mehrerer Häuser als Genossenschaft über die Gründung einer Dach- oder Dienstleistungsgenossenschaft zum Management mehrerer Einheiten bis hin zu einer umfassenden genossenschaftlich organisierten Quartiers-/Stadtteilentwicklung. www.wir-leben-genossenschaft.de/files/BWGV_Leitfaden_WohnenPLUS_A5_Web.pdf

Zusammen leben

Praxisbeispiel Lebensräume für Jung und Alt: Die „Lebensräume für Jung und Alt“ sind ein Mehrgenerationenwohnkonzept, welches die Stiftung Liebenau zusammen mit den jeweiligen Kommunen in den vergangenen 25 Jahren an 30 Standorten realisiert hat. Als generationsübergreifende Wohnform ermöglichen sie ein lebendiges Miteinander von Senioren, Alleinstehenden, Paaren, Alleinerziehenden und jungen Familien. Aktive Selbst- und Nachbarschaftshilfe mit einer Vielfalt von Gemeinschaftsaktivitäten wird durch die Gemeinwesenarbeit und Begegnungsmöglichkeiten im Gemeinschaftsraum gefördert. Gleichzeitig unterstützt diese Infrastruktur die Quartiersarbeit in den jeweiligen Standortquartieren. <https://www.stiftung-liebenau.de/pflege-und-lebensraeume/angebote/wohnen-und-leben/>

Praxisbeispiel Quartier Galgenhalde, Ravensburg: Inmitten der Wohnsiedlung des Bau- und Sparvereins Ravensburg eG wurde in Zusammenarbeit mit der Stiftung Liebenau und der Stadt Ravensburg

vor über zehn Jahren ein Quartiersprojekt gestartet. Das Quartiersmanagement im Quartier Galgenhalde setzt auf den Ausbau sozialer Netze, fördert Nachbarschaftshilfe und bürgerschaftliches Engagement. Im „Rahltrefff“ finden zum Beispiel ein Mittwochscfé, Kinderbetreuung, eine Tischtennisgruppe, eine Demenzgruppe und Seniorengymnastik statt – organisiert und umgesetzt von Ehrenamtlichen. Ergänzend gibt es einen ambulanten Pflegedienst, eine Senioren-WG, den Betreuungsdienst „Zuhause“, das Haus der Pflege St. Meinrad und ein gemeindeintegriertes Wohnangebot für Menschen mit Behinderungen.

www.stiftung-liebenau.de/pflege-und-lebensraeume/angebot/ravensburg/quartiersarbeit-galgenhalde-quartiersarbeit-1958/

Praxisbeispiel Baugenossenschaft EDEN e.G., Neulingen: Alle Freiheiten des Lebens genießen und dennoch die Sicherheit haben, dass im Ernstfall für alles gesorgt ist: Das ist die Zielvorgabe des Wohnparks EDEN. Um diesem Anspruch gerecht zu werden, entstand in Neulingen ein Wohnkonzept der ganz besonderen Art. Bungalows für die Generation 60+ ermöglichen den Bewohnern unabhängig wie im „eigenen Haus“ zu wohnen, sich aber um die Belange des Hauses und der Anlage nicht kümmern zu müssen. Das gilt angefangen bei einer 24-Stunden-Rufbereitschaft bis hin zu einer pflegerischen Betreuung. www.bg-eden.de/

Praxisbeispiel WoGA Pfullendorf e.G.: Die Motivation hinter der „WoGA Pfullendorf – Wohnen und Gesundheit im Alter“ ist es, das selbstbestimmte Wohnen im Alter zu stärken. Diesem Ziel dienen zwei Einrichtungen. Im „Pflegeheim – Wohnzentrum Grüne Burg“ leben in drei Wohngemeinschaften insgesamt 55 Menschen mit Pflegebedarf oder demenzieller Erkrankung, wobei sich die Gestaltung der Wohnungen an privaten Räumlichkeiten orientiert. Die „Seniorenwohnungen – Aktiv wohnen in Pfullendorf“ sind eine Einrichtung, in der es den Bewohnern möglich ist von gelegentlichen Hilfen im Haushalt bis zur pflegerischen Versorgung verschiedene Dienstleistungen in Anspruch zu nehmen. www.woga-pfullendorf.de/

Praxisbeispiel Waldorf Kindertagesstätte Gengenbach-Strohbach e.G.: Zielsetzung der Initiative bei der Gründung ihrer eingetragenen Genossenschaft war die Übernahme von Verwaltungsaufgaben durch die Genossenschaft sowie eine intensive Einbindung der Eltern, um gemeinsam mit den pädagogischen Mitarbeitern eine zeitgemäße Erziehung zu ermöglichen. www.waldorfkindergarten-strohbach.de/

Modellbeispiel Plattformgenossenschaft im Handwerk: Handwerksbetriebe haben während eines Bauvorhabens Zugang zu vielen nicht-personenbezogenen Daten, die für Unternehmen anderer Branchen sowie die Betreiber eines Gebäudes wertvoll sind. Eine technische Infrastruktur zur Erfassung und Verwertung dieser Daten aufzubauen, ist jedoch sowohl mit zeitlichem Aufwand als auch mit Kosten verbunden, die von den Handwerksbetrieben oftmals nicht erbracht werden können. Genossenschaften können hier helfen, das Know-how und das nötige Kapital zu bündeln. Sie können unter anderem Bilddaten, Temperatur- und Luftfeuchtigkeitswerte zur Beschreibung der Umgebungsbedingungen verschiedener Punkte der Baustelle liefern und externe Partner einbinden, um weitere Services anzubieten und die Daten für die Projekte vor Ort nutzbar zu machen. Darüber hinaus können auch die Bewohner erheblich von Plattformgenossenschaften profitieren. In einem „Smart Home“ können ausgewählte Geräte automatisch miteinander kommunizieren und den Bewohnern entsprechend viele Vorteile bieten.

Zusammen sorgen

Praxisbeispiel MEDNOS e.G.: Die MEDNOS e.G. (ehemals MVZ Calw eG) wurde mit dem Ziel gegründet, Medizinische Versorgungszentren (MVZ) zu betreiben, die die hausärztliche Versorgung vor allem im ländlichen Bereich verbessern beziehungsweise aufrechterhalten sollen. Sie sehen sich dem

Gemeinwohl verpflichtet und sind die ersten Einrichtungen dieser Art in Baden-Württemberg. Die Mitglieder sind zugelassene Vertragsärzte. Die ersten Praxisstandorte des Medizinischen Versorgungszentrums der Genossenschaft befinden sich in Calw und Ostelsheim. Ziel ist es, eine bestmögliche, wohnortnahe hausärztliche Versorgung sicher zu stellen. Dazu bietet das MVZ Mitarbeitern sehr gute Rahmenbedingungen, nutzt innovative Konzepte in der Versorgung und arbeitet als multiprofessionelles Team eng zum Wohle der Patienten zusammen.

www.mvz-calw.de/

Darüber hinaus gibt es weitere genossenschaftliche Modelle im Bereich der medizinischen Versorgung, wie etwa die Notarztversorgung der **HonMed eG** oder Deutschlands älteste Ärztegenossenschaft **GenoMed e.G.**, die heute eine Vielzahl von Facharztgruppen repräsentiert. www.honmed.de/;
www.genomed.de/

Praxisbeispiel PAULA, Pfullingen: Die fünf Buchstaben stehen für „Pfullingens Alltags-Unterstützung für ein Leben im Alter und bei Behinderung“. Seit 2013 wächst das Projekt der Samariterstiftung in Zusammenarbeit mit der Diakonie-Sozialstation Pfullingen-Eningen und der Pfullinger Stiftung. Neben einem Besuchsdienst von Bürgern für Bürger umfasst das Konzept eine Angehörigengruppe für Demenzerkrankte. Es wurde inzwischen erweitert um den öffentlichen Treffpunkt „Kutscherhaus“ mit dem Stadtteilprojekt „Rund um den Laiblinpark“ sowie den Quartierstreff Jahnstraße in Kooperation mit der Baugenossenschaft Pfullingen. www.zeit-fuer-menschen.de/paula.html

Praxisbeispiel WohnenPlus der Evangelischen Heimstiftung: „WohnenPLUS“ steht bei der Evangelischen Heimstiftung für ein Wohnkonzept im Quartier, das verschiedene Wohnformen und Dienstleistungsangebote unter einem Dach vereint, um Senioren mit unterschiedlichem Pflege- und Betreuungsbedarf einen möglichst langen Verbleib in gewohnter Umgebung zu ermöglichen. Bewohner finden einen für ihre jeweilige Lebenssituation passgenauen, individuellen Hilfe-Mix. Das Konzept umfasst Pflegewohnen mit abrufbaren Serviceleistungen, eine ambulante Wohngemeinschaft, Tagespflegeangebote sowie einen Quartierstreff. Professionelle Dienstleistungen werden mit der Unterstützung durch Angehörige und engagierte Bürger sowie technischen Assistenzleistungen kombiniert. www.ev-heimstiftung.de/leistungen/wohnen-im-alter/wohnenplus/

Praxisbeispiel Inklusives Oberteuringen: Eine Gemeinde wird inklusiv: Im neuen Baugebiet Bachäcker hat die Gemeinde Oberteuringen in Zusammenarbeit mit der Stiftung Liebenau eine vernetzte Struktur der sozialen Versorgung geschaffen. Inmitten der neuen Wohnsiedlung gibt es ein Wohnhaus für Menschen mit Behinderungen, das Haus der Pflege St. Raphael sowie als Herzstück das „Haus am Teuringer“. Dieses verbindet als Ort der Begegnung neben dem örtlichen Familientreff, einer Kindertagesstätte, einer Mediathek und einem Tagescafé auch Wohnungen nach dem Konzept „Lebensräume für Jung und Alt“ und ein „Begegnungs-, Bildungs- und Förderzentrum (BBF)“ für Menschen mit Behinderungen der Stiftung Liebenau. www.oberteuringen.de/Haus+am+Teuringer+neu.html

Praxisbeispiel GeriNoVe, Weingarten: Das „Regionales Geriatriisches Notfall-Versorgungszentrum“ ist eine neuartige, bisher bundesweit einmalige Versorgungsform für ältere Menschen. Diese können bei Auftreten eines akuten, vorwiegend sozial-pflegerischen Versorgungsbedarfs und ohne eindeutig medizinische Indikation für eine Krankenhausbehandlung, zur kurzfristigen Behebung des Versorgungsbedarfs und bis zur Rückführung ins häusliche Umfeld oder Weiterleitung ins passende Versorgungssystem in das GeriNoVe aufgenommen werden. GeriNoVe ist als unabhängiges Zentrum, welches kein Teil der stationären Krankenhausregelversorgung ist, an das Krankenhaus 14 Nothelfer in Weingarten angegliedert und dadurch selbstständiger Teil des Medizin Campus Bodensee. Der Klinikverbund MCB ist Konsortialführer des GeriNoVe-Projekts. Konsortialpartner sind die Stiftung Liebenau sowie die Hochschule Ravensburg-Weingarten. <https://www.medizin-campus-bodensee.de/leistungen-angebote/medizinische-zentren/geriatriische-notfallversorgung-gerinove/gerinove/>

Zusammen wirtschaften

Praxisbeispiele genossenschaftlicher Nahversorgung: Genossenschaftliche Initiativen sowohl in ländlichen Räumen als auch in städtischen Quartieren bieten die Chance, die Nahversorgung vor Ort zu sichern. Die Angebote reichen dabei von Dorfläden – oftmals mit angeschlossenem Café zur Schaffung von Begegnungen – über kleine Supermärkte bis hin zu Gaststätten und Restaurationen mit angeschlossenem Kulturbetrieb oder sogar einer Manufaktur für „Kunst- und Genuss-Handwerker“. Folgende Beispiele illustrieren das:

- **Unser Dorfladen Jagsthausen eG:** www.dorfladen-jagsthausen.de/
- **Genossenschaftladen im Löwen eG, Tübingen:** www.loewen-laden.de/
- **Genossenschaftliches Dorfgasthaus dasröße eG, Todtnau:** www.dasroessle.de/
- **Dorfgasthaus bolando eG, Bollschweil:** www.bolando.de
- **Allgäuer Genussmanufaktur eG, Leutkirch:** www.allgaeuer-genussmanufaktur.de

Praxisbeispiel genossenschaftlicher Agrarproduktion: Einer der historischen Zweige genossenschaftliche Unternehmungen sind die landwirtschaftlichen Kooperationen. Genossenschaften finden sich in unzähligen agrarwirtschaftlichen Bereichen, unter anderem im Gemüseanbau sowie natürlich die bekannten Molkerei- und Winzergenossenschaften. Hier trifft oft Tradition auf Moderne, um den neuen Wünschen der Verbraucher sowohl im Hinblick auf den Geschmack als auch in Bezug auf die Ansprüche an ökologische und regionale Anbauweisen gerecht zu werden. Wobei die regionalen und nachhaltigen Wirtschaftsformen ohnehin in der DNA der Genossenschaften verankert sind und daher sehr erfolgsversprechende Lösungswege bieten. Zudem werden hier auch zunehmend touristische Aspekte in das Wirtschaften der Genossenschaften beziehungsweise von deren Mitgliedern integriert, was einen zusätzlichen Mehrwert vor Ort schafft. Beispielhaft stehen dafür folgende Genossenschaften:

- **Reichenau-Gemüse eG:** www.reichenaugemuese.de
- **Hohenloher Molkerei eG:** www.hohenloher-molkerei.de
- **Lauffener Weingärtner eG:** www.lauffener-wein.de

Modellbeispiel Co-Working: Co-Working wird ein immer attraktiveres Modell – sowohl aus Gründen der Flexibilität und der Work-live-Balance als auch im Hinblick auf ökologische Belange. Genossenschaftlich betrieben, lassen sich Co-Working-Spaces auch in kleineren Gemeinden in ländlichen Regionen verwirklichen. Besonders attraktiv wird es, wenn dafür zum Beispiel leerstehende Bankfilialen der Genossenschaftlichen Finanzgruppe genutzt werden können. Dies hätte für die Initiative vor Ort den Vorteil, dass genossenschaftliches Know-how vorhanden ist, für die Bank wiederum könnte es die Chance sein, weiterhin etwa mit Beratungszeiten in der Fläche präsent zu sein.

Zusammen Umwelt schützen

Praxisbeispiel Baugemeinschaft Gutshof Efringen-Kirchen: Die Revitalisierung eines historischen Gutshofs in Efringen-Kirchen erforderte von Bauherrngemeinschaft und Architekturbüro eine sensible Herangehensweise. Entstanden ist ein Modell mit Zukunft.

<https://konzept.contur-publisher.de/flaeche/efringen-kirchen-vorbildliche-revitalisierung-im-dorfzentrum/>

Praxisbeispiel Wohnquartier Franklin Village, Mannheim: Ein zukunftsweisendes Projekt im Sinne von „zusammen Umwelt schützen“ ist das Wohnquartier Franklin Village in Mannheim. Hier wird die umweltschonende Holzbauweise kombiniert mit Sozialraumgestaltung, Vielfaltsgemeinschaft und Inklusion.

<https://konzept.contur-publisher.de/wohnformen/wohnquartier-holzbauweise-soziale-gemeinschaftsraeume-mannheim/>

Praxisbeispiel Gelebte Beteiligungskultur im Reallabor Wohnen, Stuttgart: Weiter gefasst ist das Projekt „Gelebte Beteiligungskultur im Reallabor Wohnen“ von Neues Heim – Die Baugenossenschaft. Mit der Kombination aus Laborbühne und 1:1-Modellwohnung wird in Stuttgart-Rot ein kleines Quartier im „Abrissquartier“ entstehen. Mit neuartigen Baumaterialien und nachhaltigem Vorgehen wird direkt vor Ort – gemeinsam mit den Betroffenen, mit sozialen Partnern und Akteuren im Quartier – ein Experimentier- und Aktionsraum geschaffen: interdisziplinär, resilient und generationengerecht. Die Fragestellung dahinter: Wie kann Wohnen und Zusammenleben in einem Quartier der 1950er-Jahre langfristig tragfähig und für die Zukunft für alle gestaltet werden? Nicht zuletzt soll sich auch zeigen, wie übertragbar dieses Konzept auf andere Quartiere ist.

www.baden-wuerttemberg.de/de/service/presse/pressemitteilung/pid/foerderung-von-projekten-fuer-innovatives-wohnen/

Praxisbeispiel Alter Schlachthof, Pforzheim e.G.: Die Genossenschaft Gewerbekultur Pforzheim verfolgt mit dem Projekt „Genossenschaftliche Wege der Quartiersentwicklung“ eine innovative Idee und entwickelt ein produktives Quartier mit Wohnen, Arbeiten, Kunst und Kultur. Die Bereitstellung von Ateliers für Künstler, Künstlerinnen und Kreativschaffende sowie die Beteiligung der zukünftigen Nutzer am Entstehungsprozess schafft einen identitätsstiftenden und lebendigen Ort. Für diese neuen Strukturen des Arbeitens und Wohnens werden unter anderem Methoden zur Aufstockung beziehungsweise Überbauung von Bestandsgebäuden für das Wohnen entwickelt.

www.alter-schlachthof-pforzheim.de/ und www.gewerbekultur.de

Praxisbeispiel EWS Elektrizitätswerke Schönau eG: Zweck der Genossenschaft ist die wirtschaftliche Förderung und Betreuung der Mitglieder durch sichere und preisgünstige Versorgung mit klimafreundlicher und atomenergiefreier Energie. Die Genossenschaft erfüllt ihren Zweck unter besonderer Berücksichtigung ökologischer Gesichtspunkte, insbesondere durch Förderung von Energie aus regenerativer Erzeugung und dezentralen Kraft-Wärme-Anlagen sowie durch sparsame Verwendung von Energie. Ziel ist eine vollständige, effiziente sowie dezentrale Energieversorgung auf Basis der Erneuerbaren Energien. Der schonende Umgang mit natürlichen Ressourcen wird als wesentlicher Wettbewerbsparameter angesehen. www.ews-schoenau.de/

Praxisbeispiel teilAuto Neckar-Alb eG: Rund 130 Fahrzeuge – vom Kleinwagen bis zum großen Rollstuhlbus mit Platz für vier Rollstühle – sind mietbar. Für Genossenschaftsmitglieder sowie für Studierende gibt es Sonderkonditionen. teilAuto kooperiert mit dem Verkehrsverbund „naldo“ (Neckar-Alb-Donau), mit regionalen Stadtwerken und mit der Stadtverwaltung sowie Gemeindeverwaltungen. Die Genossenschaft agiert ökologisch und sozial und achtet bei der Anschaffung von Fahrzeugen besonders auf die Umweltverträglichkeit. Auch wenn die Gesamtenergiebilanz der derzeit am Markt verfügbaren E-Autos unter ökologischen Gesichtspunkten noch nicht vollständig überzeugen kann, setzt sie auf die Elektromobilität.

www.teilauto-neckar-alb.de/darum-carsharing/

Zusammen gestalten – vor Ort

Genossenschaftliche Praxisbeispiele der „erweiterten Daseinsvorsorge“ – Wirtschaft vor Ort: Genossenschaften bieten in ihrer Vielfalt bereits heute wichtige Dienstleistungen vor Ort an. So wurden beispielsweise zahlreiche Neugründungen in den Bereichen Regenerative Energien und Sicherstellung der Nahversorgung ins Leben gerufen. Auch im Bildungs- und Kulturbereich gibt es genossenschaftliche Initiativen, genauso wie innerhalb des Ärzte-, Pflege- und Gesundheitssektors sowie Genossenschaften zur Entwicklung nachhaltiger Mobilität. Und letztlich tragen „WohnenPLUS“-Genossenschaften – Wohnen verbunden mit vielfältigen (haushaltsnahen) Dienstleistungen – zu einer lebendigen Stadt- und Dorfstruktur bei.

www.wir-leben-genossenschaft.de/de/wirtschaft-vor-ort-799.htm

Praxisbeispiel Kooperationsinstrumente im Projekt „Lebensräume für Jung und Alt“ der Stiftung Liebenau: Damit die Mehrgenerationenwohnprojekte von einer dauerhaften Kooperation von Kommune, Stiftung Liebenau und Bürgerschaft getragen werden, wurde als Basis für jedes Projekt ein Grundlagenvertrag zwischen der Gemeinde und der Stiftung Liebenau geschlossen. Darin wird die dauerhafte Zusammenarbeit zur Realisierung von Wohn- und Versorgungsangeboten, der Gemeinwesenarbeit und örtlicher Vernetzungsstrukturen geregelt. An zahlreichen Standorten wurde zur Finanzierung der Gemeinwesenarbeit aus Wohnungsverkaufserlösen und Mitteln der Kommunen beziehungsweise der Stiftung Liebenau ein ortsbezogener Sozialfonds gegründet. In einigen Kommunen auch als selbstständige Bürgerstiftung, in denen die Bürgerschaft als aktiver Partner beteiligt ist.

Praxisbeispiel Netzwerk Amtzell: Das „Netzwerk der Gemeinde“ umfasst bedarfs- und altersgerechte Angebote für Menschen unterschiedlicher Altersgruppen. Diese Angebote entsprechen den verschiedensten Bedürfnissen aller Menschen in Amtzell. Jede Bürgerin und jeder Bürger soll damit für jede Lebenslage die besten Bedingungen vorfinden können. Im Vordergrund steht dabei die Vernetzung der Generationen. Mittlerweile konnten zahlreiche generationenübergreifende Angebote geschaffen und mit Leben gefüllt werden. Daneben gibt es aber auch alters- und themenspezifische Angebote. Es sind zahlreiche Gruppen und Initiativen engagiert wie zum Beispiel der Förderverein „Füreinander – Miteinander“, der Besuchsdienst für Kranke und Einsame, die Hospizgruppe, die Betreuungsgruppe „Demenz“, die Initiative „jes – Jugend engagiert sich“ und viele mehr. Die Klammer bildet der **Arbeitskreis Dorfgemeinschaft**, der sich vierteljährlich trifft, und alle Aktivitäten auch mit der politischen Gemeinde vernetzt. www.amtzell.de/de/Mensch-Familie/Netzwerk-der-Gemeinde#:~:text=Das%20%22Netzwerk%20der%20Gemeinde%22%20umfasst,die%20besten%20Bedingungen%20vorfinden%20k%C3%B6nnen

Zusammen gestalten – auf Landesebene

Akteursbeispiel Quartiersakademie: Zur Umsetzung eines fundierten Fortbildungskonzeptes, der Qualitätssicherung in dem Themengebiet und der Entwicklung von Basis-Curricula kann die Quartiersakademie beitragen. Das breite und qualitativ hochwertige Fortbildungsangebot wird von der Akademie koordiniert. Dabei werden einschlägige Qualifizierungsangebote von Bildungsträgern in Baden-Württemberg gebündelt und vermittelt. Der Baden-Württembergische Genossenschaftsverband wird sich dabei ebenso einbringen wie die Stiftung Liebenau mit ihren im Rahmen von „Netzwerk: Soziales neugestalten (SONG)“ entwickelten Bildungsangeboten zu Sozialraum- und Netzwerkarbeit. www.quartiersakademie.de/index.php

Akteursbeispiel Allianz für Beteiligung: Die Allianz für Beteiligung ist ein Netzwerk, das sich für die Stärkung von Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung in Baden-Württemberg einsetzt. Ihr Handeln basiert auf der Annahme, dass gesellschaftliche Herausforderungen in Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft mit Beteiligung von Bürgern besser gemeistert werden können. Deshalb entwickelt die Allianz Maßnahmen, um Bürgerbeteiligung als Ergänzung der repräsentativen Demokratie in Baden-Württemberg nachhaltig zu verankern. Dabei stehen drei Punkte im Fokus. Erstens: Bedarfe, die zivilgesellschaftliche Akteure bei Beteiligung haben. Zweitens: Dialog auf allen Ebenen, durch den Beteiligung überhaupt erst gelingen kann. Und Drittens: Gruppen einzubeziehen, die sich bei der Gestaltung unserer Demokratie und Gesellschaft bislang weniger einbringen. www.allianz-fuer-beteiligung.de/

Modellprojekt „Genossenschaftlich getragene Quartiersentwicklung“ (02/2020 – 03/2022): Das durch das Ministerium für Soziales und Integration aus Mitteln des Landes Baden-Württemberg unterstützte und vom BWGV mit Partnern umgesetzte Projekt sucht innovative Ideen und Initiativen für die Entwicklung von Quartieren. Beratungs- und Informationsangebote werden dafür bereitgestellt und kooperativ vernetzt vorangebracht. Alle Initiativen erhalten Angebote, sich bei Vernetzungs- und

Informationstreffen zu beteiligen, um Impulse zur Weiterentwicklung ihres jeweiligen Projekts zu erhalten. Experten und Partner des BWGV begleiten und unterstützen die interessierten Initiativen dabei von der Idee über die Gründung bis zur Eintragung ins Genossenschaftsregister. www.wir-leben-genossenschaft.de/de/Foerderprojekt-Genossenschaftlich-getragene-Quartiersentwicklung-8302.htm und <https://21zone.eu/topics/19511/feed>